



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 18. Dezember 2019
(OR. en)

14883/19
PV CONS 67
TRANS 574
TELECOM 379
ENER 536

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Verkehr, Telekommunikation und Energie)
2., 3. und 4. Dezember 2019

INHALT

Seite

1.	Annahme der Tagesordnung.....	4
----	-------------------------------	---

VERKEHR

Beratungen über Gesetzgebungsakte

2.	Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr.....	4
3.	Mobilitätspaket III	4
	Verordnung über die Straffung der Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)	

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

4.	Digitalisierung im Personenverkehr: die nächsten Schritte für nachhaltige europäische Lösungen	5
----	--	---

Beratungen über Gesetzgebungsakte

5.	Mobilitätspaket I.....	5
	Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Eurovignette (Straßengebührenrichtlinie)	

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

6.	Die Zukunft des einheitlichen europäischen Luftraums.....	5
----	---	---

Sonstiges

7.	a)	Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge	6
	b)	Dritte globale Ministerkonferenz zur Straßenverkehrssicherheit (Stockholm, 19./20. Februar 2020)	6
	c)	Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes	6
	d)	Vorhandene kleine Binnenschiffe und die Übergangsbestimmungen für die technischen Vorschriften für Binnenschiffe	6

TELEKOMMUNIKATION

Beratungen über Gesetzgebungsakte

8.	Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation	6
----	--	---

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

9. Die Europäische Union als ein Zentrum für ethische Datennutzung 7
10. Schlussfolgerungen zur Bedeutung von 5G für die europäische Wirtschaft und zur Notwendigkeit der Begrenzung der Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit 5G 7

Sonstiges

11. a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 7
- b) Konferenz zum Thema Datenwirtschaft (Helsinki, 25./26. November 2019) 8
- c) Konferenz zur digitalen Verwaltung (Helsinki, 22. Oktober 2019)..... 8
- d) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes 8
12. Annahme der Liste der A-Punkte 8
- Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

ENERGIE

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

13. Intelligente Sektorkopplung: Förderung sauberer Energie..... 8
14. Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Mitteilung über die Entwürfe der nationalen Energie- und Klimapläne mit dem Titel „Vereint für Energieunion und Klimaschutz“ 9
15. Energiepolitische Prioritäten der neuen Kommission 9

Sonstiges

16. a) Trilaterale Gasgespräche und Winterprognose für die Erdgasversorgungssicherheit 9
- b) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag 9
- c) Jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen im Energiebereich 10
- d) Bericht über die SET-Plan-Konferenz 10
- e) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes 10
- f) Umsetzung der Empfehlungen zur nuklearen Sicherheit des Peer-Review-Berichts der EU über die „Stresstests“ des Kernkraftwerks in Belarus: Die nächsten Schritte 10
- g) Jüngste rechtswidrige Tätigkeiten der Türkei im Mittelmeer 10

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 11

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 14395/19 enthaltene Tagesordnung an.

Unter „Sonstiges“ wurden folgende Punkte hinzugefügt: 7.d) auf Antrag der niederländischen Delegation, 16.f) auf Antrag der litauischen Delegation und 16.g) auf Antrag der griechischen Delegation.

VERKEHR

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Landverkehr

- 2. Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr**  14047/19 + COR 1
12442/17 + ADD 1
Allgemeine Ausrichtung ⁽¹⁾

Der Rat einigte sich auf eine allgemeine Ausrichtung zu den Rechten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Anlage zu Dok. 14047/19 + COR 1).

Horizontale Fragen

- 3. Mobilitätspaket III**  14401/19
Verordnung über die Straffung der Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) + ADD 1 REV 1
9075/18
Allgemeine Ausrichtung ⁽¹⁾

Der Rat einigte sich auf eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (Dok. 14401/19 + ADD 1 REV 1). Deutschland gab die in der Anlage enthaltene Erklärung ab.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Horizontale Fragen

4. **Digitalisierung im Personenverkehr: die nächsten Schritte für nachhaltige europäische Lösungen**  14063/19
Orientierungsaussprache

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zum Thema „Digitalisierung im Personenverkehr: die nächsten Schritte für nachhaltige europäische Lösungen“.

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Landverkehr

5. **Mobilitätspaket I**  14383/19
Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Eurovignette (Straßengebührenrichtlinie) 9672/17 + ADD 1
Allgemeine Ausrichtung ⁽¹⁾

Der Rat konnte sich nicht auf eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Eurovignette verständigen.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Luftverkehr

6. **Die Zukunft des einheitlichen europäischen Luftraums**  13782/19
Orientierungsaussprache

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die Zukunft des einheitlichen europäischen Luftraums. Er ersuchte die Kommission, detaillierte Informationen darüber vorzulegen, wo der Entwurf des Vorschlags „SES2+“ aktualisiert werden muss, damit die Vorbereitungsgremien des Rates gegebenenfalls Anpassungen vornehmen und bei dem Dossier Fortschritte erzielen können. Er forderte die Kommission zudem auf, so weit wie möglich detaillierte Hintergrundinformationen und Unterlagen vorzulegen, in denen ihre Vorschläge begründet und deren möglichen Vorzüge und Folgen analysiert werden.

Sonstiges

7. a) **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

**Richtlinie zur Abschaffung der jahreszeitlich
bedingten Zeitumstellung**

 12118/18

Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes über die Richtlinie zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung zur Kenntnis.

- b) **Dritte globale Ministerkonferenz zur
Straßenverkehrssicherheit (Stockholm,
19./20. Februar 2020)**

 14039/19

Informationen der schwedischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der schwedischen Delegation zur Kenntnis.

- c) **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**
Informationen der kroatischen Delegation

14472/19

- d) **Vorhandene kleine Binnenschiffe und die
Übergangsbestimmungen für die technischen Vorschriften
für Binnenschiffe**

14686/19

Informationen der niederländischen Delegation

TAGUNG AM DIENSTAG, 3. DEZEMBER 2019

TELEKOMMUNIKATION

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

8. **Verordnung über Privatsphäre und elektronische
Kommunikation**

 14447/19
5358/17

Fortschrittsbericht

Der Rat nahm den Fortschrittsbericht des Vorsitzes zur Kenntnis.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

9. Die Europäische Union als ein Zentrum für ethische Datennutzung

 14070/19

Orientierungsaussprache

Der Rat beriet auf der Grundlage des Vorschlags zur Positionierung der Europäischen Union als Zentrum für ethische Datennutzung über das weitere Vorgehen in Bezug auf die europäische Datenwirtschaft. Dabei erörterte er unter anderem die Frage, wie die Weitergabe von Daten zwischen Unternehmen gefördert und wie dem menschenzentrierten Ansatz, der Privatsphäre und der Sicherheit Geltung verschafft werden kann, um Vertrauen in die Datenwirtschaft aufzubauen. Die Aussprache ergab wertvolle Hinweise für die weitere Arbeit der EU in diesem Bereich.

10. Schlussfolgerungen zur Bedeutung von 5G für die europäische Wirtschaft und zur Notwendigkeit der Begrenzung der Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit 5G

 14368/19

Annahme

Der Rat nahm die in Dokument 14368/19 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Er stellte einen umfassenden risikobasierten Ansatz für die Sicherheit der 5G-Netze in Aussicht und betonte, dass bei der Erstellung des Risikoprofils eines Anbieters auch nichttechnische Faktoren zu berücksichtigen seien. Für die nationale Sicherheit wesentliche Komponenten dürften nur von vertrauenswürdigen Partnern bezogen werden.

Sonstiges

11. a) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Verordnung zur Einrichtung des Europäischen
Kompetenzzentrums für Cybersicherheit und des Netzes
nationaler Koordinierungszentren
Informationen des Vorsitzes

  12104/18

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- b) **Konferenz zum Thema Datenwirtschaft
(Helsinki, 25./26. November 2019)** [2] 14353/19
Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- c) **Konferenz zur digitalen Verwaltung
(Helsinki, 22. Oktober 2019)** [2] 14377/19
Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- d) **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes** 14281/19
Informationen der kroatischen Delegation

TAGUNG AM MITTWOCH, 4. DEZEMBER 2019

12. Annahme der Liste der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 14421/19

Der Rat nahm die in Dokument 14421/19 enthaltenen A-Punkte einschließlich der COR- und REV-Dokumente an, die zur Annahme vorgelegt wurden.

ENERGIE

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

13. **Intelligente Sektorkopplung: Förderung sauberer Energie** [2] 13854/19
Orientierungsaussprache

Der Rat führte auf der Grundlage eines Hintergrundpapiers des Vorsitzes mit Fragen eine **Orientierungsaussprache** über Sektorkopplung. Dabei hoben die Ministerinnen und Minister ihre jeweiligen Prioritäten hervor und forderten die Kommission auf, zunächst die Umsetzung des geltenden Rahmens zu bewerten.

14. **Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Mitteilung über die Entwürfe der nationalen Energie- und Klimapläne mit dem Titel „Vereint für Energieunion und Klimaschutz“ Gedanken Austausch**

 14062/19
10251/19

Die Ministerinnen und Minister führten auf der Grundlage eines Hintergrundpapiers des Vorsitzes einen **Gedankenaustausch**; im Vordergrund standen dabei die „Lücken bei den Zielvorgaben“, die die von den Mitgliedstaaten in ihren NEKP festgelegten geplanten Beiträge zur Verwirklichung der Ziele der EU für 2030 in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufweisen. Die noch bestehenden Lücken bei den Zielvorgaben dürften geschlossen werden, insbesondere was das Ziel für die Energieeffizienz anbelangt.

15. **Energiepolitische Prioritäten der neuen Kommission Gedanken Austausch**

 14060/19

Kommissionsmitglied Simson stellte die neuen energiepolitischen Prioritäten der Kommission – Menschen, Planet und Partner – vor. Die Ministerinnen und Minister begrüßten diese Prioritäten und äußerten sich zur Bedeutung verschiedener energiepolitischer Strategien und Maßnahmen. Der Gedankenaustausch ergab wertvolle Hinweise für das weitere Vorgehen der Kommission bei der Ausarbeitung von legislativen und sonstigen Initiativen.

Sonstiges

16. a) Trilaterale Gasgespräche und Winterprognose für die Erdgasversorgungssicherheit
Informationen der Kommission

14227/19

b) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen
Informationen des Vorsitzes

  14495/19
9185/18 +ADD 1

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über den Sachstand und die nächsten Schritte. Er erinnerte insbesondere daran, dass 1) bei einem letzten Trilogtreffen am 13. November mit dem EP eine vorläufige politische Einigung über das Dossier erreicht worden sei; 2) der ITRE- Ausschuss diese politische Einigung am Vormittag des 4. Dezember gebilligt habe und 3) das Verfahren für die Annahme in einigen Monaten abgeschlossen werde. Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- c) **Jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen im Energiebereich**
Informationen der Kommission

 14235/19

Die Kommission hob hervor, wie wichtig die externe Dimension des europäischen Grünen Deals sei. Sie werde sich in internationalen Foren wie der IEA und der Ministertagung zum Thema saubere Energie sowie mittels bilateraler Vereinbarungen (MoU) mit Drittstaaten aktiv für die Energiewende einsetzen. Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- d) **Bericht über die SET-Plan-Konferenz (Helsinki, 13.-15. November 2019)**
Informationen des Vorsitzes

 14228/19

Die von der Kommission und vom finnischen Vorsitz organisierte 13. SET-Plan-Jahreskonferenz hat vom 13. bis 15. November 2019 in Helsinki stattgefunden. Im Mittelpunkt der Konferenz standen Forschung und Entwicklung im Energiesektor im Interesse der europäischen industriellen Führungsrolle. Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- e) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes
Informationen der kroatischen Delegation

14236/19

- f) Umsetzung der Empfehlungen zur nuklearen Sicherheit des Peer-Review-Berichts der EU über die „Stresstests“ des Kernkraftwerks in Belarus: Die nächsten Schritte
Informationen der litauischen Delegation

14761/19

- g) Jüngste rechtswidrige Tätigkeiten der Türkei im Mittelmeer
Informationen der griechischen Delegation



erste Lesung



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags



Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 14395/19

Zu B-Punkt 3: **Mobilitätspaket III**
 Verordnung über die Straffung der Maßnahmen zur Verwirklichung
 des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)
 Allgemeine Ausrichtung

ERKLÄRUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

„Deutschland geht davon aus, dass die im vorliegenden Entwurf enthaltenen Vorschriften zur Verfahrensbeschleunigung lediglich auf den Verfahrensablauf und die formelle Verfahrensorganisation abzielen und die sich aus den Vorgaben des materiellen Rechts ergebenden inhaltlichen Prüfmaßstäbe unberührt lassen.

Insbesondere geht Deutschland davon aus, dass die in Artikel 6 Absatz 1 des Entwurfs der Allgemeinen Ausrichtung vorgesehene grundsätzliche Befristung der Durchführungsdauer von Genehmigungsverfahren auf vier Jahre weder im Rahmen der Umsetzung der Richtlinienvorgaben in nationales Recht noch im Rahmen der richtlinienkonformen Anwendung des nationalen Rechts eine inhaltliche Begrenzung des umweltschutzbezogenen Prüfumfangs oder eine Absenkung der im Rahmen des Verfahrens zu beachtenden umweltschutzbezogenen Prüfstandards erfordert noch auch nur rechtfertigen kann.“
